

8/1993

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Sozialneidkampagne der SPD blieb ohne Wirkung

Auch wenn es aus der Sicht der CDU am Ergebnis der hessischen Kommunalwahlen nichts zu beschönigen gibt, entspricht es nach Ansicht des Bundeskanzlers auch nicht den dramatischen Voraussagen, die von interessierter Seite noch kurz vor dem Wahltag unter die Leute gebracht worden sind.

Gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden der CDU Hessen, Manfred Kanther, stellte sich der Parteivorsitzende am 7. März nach einer Sitzung des Parteipräsidiums und Bundesvorstands im Konrad-Adenauer-Haus den Fragen der Bonner Presse und nahm zum Wahlergebnis Stellung.

Das katastrophale Abschneiden der Sozialdemokraten sei mit der Verweigerungsstrategie der rot-grünen Koalition in nahezu allen wichtigen Fragen der hessischen Innenpolitik zu erklären, angefangen bei der Verkehrspolitik für Nordhessen bis hin zur Frage der inneren Sicherheit z. B. in Frankfurt, was gerade auch in der klassischen SPD-Wählerschaft seine für die SPD verheerenden Folgen habe.

Ohne Wirkung sei allerdings, so stellte Helmut Kohl ausdrücklich fest, die Sozialneidkampagne geblieben, die die SPD in Hessen angezettelt hat. Von den Wählern sei verstanden worden, daß jetzt die Stunde gekommen ist, offenkundige Mißstände und Mißbrauch von Sozialleistungen zu beseitigen.

(Fortsetzung Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● RCDS-Bundeskongreß

Das Abitur muß wieder Auskunft über die Studierfähigkeit geben. Auszug aus der Rede von Generalsekretär Peter Hintze auf der Bundesdelegiertenversammlung in Königswinter. Seite 6

● Bildung

Zur Verantwortung erziehen: Bildung — Schlüssel zur Zukunft. Bericht vom bildungspolitischen Kongreß der CDU in Wiesbaden. Seite 10

● Arbeitsbeschaffung

Norbert Blüm: Es gibt keinen ABM-Stopp. Rede des Bundesarbeitsministers im Deutschen Bundestag. Seite 16

● Familienpolitik

Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt ist auch eine Aufgabe der Wirtschaft. Thesenpapier des Bundesfachausschusses Familienpolitik. Seite 20

● Dokumentation

Die Kommunalwahlen in Hessen am 7. März. Vorläufiges amtliches Endergebnis. Grüner Teil

Generalsekretär Peter Hintze:

Die hessische CDU hat überzeugende Arbeit geleistet

Zum Ausgang der Kommunalwahlen in Hessen erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Die CDU hat sich bei den Kommunalwahlen in Hessen gut behauptet. Die hessische CDU hat kommunalpolitisch eine überzeugende Arbeit geleistet und einen engagierten Wahlkampf geführt. Ich danke den Mitgliedern und Freunden der hessischen CDU für ihren unermüdlichen Einsatz.

Besonders ermutigend sind die Ergebnisse in einer Reihe von großen Städten.

Die SPD wollte diese Wahlen zum Votum gegen die Politik der Bundesregierung machen. Das Gegenteil ist eingetreten.

Das Ergebnis ist eine schwere Schlappe für Engholm, Eichel und die SPD. Die SPD ist mit ihrer Verweige-

runghaltung im Bund vollständig eingebrochen. Gerade die Traditionswähler der SPD akzeptieren diese Verweigerungshaltung ihrer Partei in den nationalen Grundfragen nicht.

Ich fordere die SPD-Führung auf, die Solidaritätsgespräche beim Bundeskanzler in der kommenden Woche konstruktiv zu führen und ihren Anteil zu einem tragfähigen Ergebnis beizusteuern.

Schlimm ist das Ergebnis der Rechtsradikalen. Sie sind auch die Profiteure der Sozialneid- und Verunsicherungskampagne der SPD.

Eine Herausforderung für uns sind die bewußten Nichtwähler.

Die CDU wird ihre Kräfte darauf konzentrieren, diese Bürger durch konsequente Entscheidungen und eine klare Linie zurückzugewinnen.

(Fortsetzung von Seite 1)

Was die REPs betrifft, vertrat der Bundeskanzler die Meinung, daß sie Nutznießer des endlosen Streits der großen Parteien über innere Sicherheit und Asylrecht geworden sind. Aber in dem Maße, in dem sich die großen Parteien fähig zeigen würden, vernünftige Lösungen durchzusetzen, würden die REPs ihren Vorteil, aus Schwächen anderer Kapital zu schlagen, auch wieder verlieren.

Das Wahlergebnis hat nach Meinung des Bundeskanzlers auch mit zwei weiteren Umständen zu tun:

Erstens ist die deutsche Politik gegenwärtig in einer ungewöhnlich schwierigen Situation (wie im übrigen die Politik

unserer Nachbarländer auch), weil schwierigste Entscheidungen getroffen werden müssen, Diskussionen deshalb unbedingt notwendig seien, aber die Abschlußprozeduren zu lange dauerten.

Zweitens werde er von politischen Freunden oft gefragt, ob das, was jetzt in Angriff genommen werde, alles gleichzeitig sein müsse: Bahnreform, Postreform, Privatisierung der Autobahnen.

Ohne Vorwurf gegen seine Vorgänger könne er dazu nur sagen: Nachdem diese wichtigen Themen lange nicht angenommen wurden, seien sie auf dramatische Weise aktuell geworden — und das, auch ohne mit den Folgen der deutschen Einheit verbunden zu sein.

Manfred Kanther: Wir haben uns in einer schwierigen Zeit behauptet

Das entscheidende Ereignis dieser Wahl ist, daß sich die SPD auf einem ungewohnt niedrigem Level befindet. Das ist in Frankfurt das schlechteste Ergebnis seit dem Krieg, in Hessen eines der schwächsten, in Nordhessen besonders niedrig.

Die CDU hat sich auf einem zu niedrigen Niveau behauptet. Da muß in Zukunft deutlich etwas hinzukommen. Keiner soll auf den Einfall kommen, die hessische CDU lehne sich selbstzufrieden auf der Basis von 32 Prozent zurück. Davon kann keine Rede sein.

Wir haben uns behauptet in einer schwierigen Zeit, deren Themen vorwiegend bundespolitisch geprägt sind. Die Fülle von Problemen hat bei den Wählern eine gewisse Unsicherheit hervorgerufen, die, verbunden mit Protestverhalten, zum Erstarken von Randgruppen geführt hat, zum sehr stabilen Abschneiden von Wählervereinigungen, die in Hessen aber traditionell eine große Bedeutung haben, und zu sieben Prozent weniger Wahlbeteiligung.

Es hat sich ausgezahlt, daß die hessische CDU in ihrer Wahlkampfführung der Bundespolitik nicht ausgewichen ist, sondern sie in ihren Grundzügen standhaft verteidigt hat, insbesondere das Finanzpaket der Bundesregierung, das wir im Wahlkampf „Aufschwung 93“ genannt haben.

Bei der Fülle der Probleme haben die Wähler ersichtlich verstanden, daß die Verteidigung eines konzeptionell richtigen Weges — bei der einen oder anderen handwerklichen Ungeschicklichkeit — eine andere und bessere Perspektive ist als das geschlossene Neinsagen der SPD.

Auch die hessische Landesregierung vertrat eine Nein-Position zu allen wesentlichen Fragen dieser Tage: Nein zum Bonner Asylkompromiß, Nein zum Mehrwertsteuerausgleich für die Landwirte, Nein zum Finanzpaket im Rahmen des Solidarpakts und schließlich Nein zu den neuen großen Ost-West-Verbindungen im Straßenverkehr, die Thüringen und Nordhessen verbinden sollen.

Die besonders schlechten Wahlergebnisse der Sozialdemokraten im Norden des

Nach einer Sitzung des Bundesvorstands am 7. März gab der Landesvorsitzende der hessischen CDU, Manfred Kanther, auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus eine Erklärung zu den Kommunalwahlen in Hessen ab.

Landes sind bevorzugt mit diesem Punkt zu begründen. Dort stehen Autobahnruinen in der Landschaft, neue Verbindungsstücke werden nicht gebaut. Die Rundfunkmeldung „12 Kilometer Stau zwischen Wommen und Obersuhl“ ist jeden Tag auf jedem Sender und die Neinsageposition der Sozialdemokraten zum Bundesverkehrswegeplan lokal und regional nicht verkäuflich.

Die Kommunalwahlen in Hessen haben für die CDU im ganzen gesehen ein Ergebnis gebracht, das uns stabilisiert — auch für das nächste Jahr, mit dem wir aber nicht zufrieden sind, weil es zu niedrig ist. ■

„Probleme mit der Wirklichkeit“:

Engholm ist angeschlagen

„Ursprünglich waren wir für Björn Engholm“, polemisiert der SPD-Linke Detlef von Larcher gegen den angeschlagenen SPD-Vorsitzenden (HAZ, 15. 2. 93). „Die Führungsaufgabe in der SPD wird nicht wahrgenommen“, so Larcher weiter (ebenda).

Die SPD-nahe Frankfurter Rundschau kommentiert den Zustand der SPD dann auch wie folgt: „Selten war der von Genossinnen und Genossen ziemlich einmütig beschriebene Zustand so schlecht wie heute — jedenfalls stellt er sich aus Bonner Sicht so dar. Noch nie sind die eigenen Schwächen so offen und öffentlich bloßgelegt worden. Zu Beginn des Jahres vor dem bedeutenden Wahljahr 1994 hat die SPD einen Tiefpunkt erreicht, der kaum noch zu unterschreiten ist.“ (FR, 17. 2. 93)

Besonders gebeutelt wird Björn Engholm in dieser Situation noch durch die Affäre um seinen Sozialminister in Schleswig-Holstein und das Wahldebakel der SPD in Hessen.

Desaster in Hessen

Noch am Tag vor der Hessenwahl hatte SPD-Vize Lafontaine angekündigt, die Wahl werde zeigen, daß sich die jetzige Bundesregierung „überlebt“ habe. (Hamburger Morgenpost, 6. 3. 93) Tatsächlich endete der Urnengang aber mit einem „Desaster“ für die Sozialdemokraten (NDR, 8. 3. 93). „Unübersehbar ist das Signal“, so SAT 1, „wem die Wähler die Lösung der Probleme am wenigsten zutrauen“ (8. 3. 93). Die SPD sitze „samt

ihren lädierten Führungsfiguren tief im Keller“. (ebenda)

Letztes Warnsignal

So versteht denn auch die Vorsitzende des SPD-Bezirks Hessen-Süd, Heidemarie Wieczorek-Zeul, „das hessische Kommunalwahlergebnis auch als ein letztes Warnsignal an die SPD-Führung in Bonn“. (NDR 4, 8. 3. 93) Fraktionschef Klose sprach von einer „dramatischen Niederlage“ der SPD. (Handelsblatt, 9. 3. 93)

Johannes Rau wertete das SPD-Ab schneiden als eine „sehr eindrückliche Mahnung“ und forderte von seiner Partei „mehr Bodenhaftung“ (Rheinische Post, 9. 3. 93). Frau Wieczorek-Zeul will gar eine „Strategie-Debatte“ in der SPD führen. (FAZ, 9. 3. 93)

Diffuses Erscheinungsbild

Engholm gerät in seiner eigenen Partei mehr und mehr unter Beschuß: „Die SPD büßte für ihr eigenes schlechtes und diffuses Erscheinungsbild“, sagte der hessische Ministerpräsident Eichel im Blick auf die SPD-Führung. Von Larcher bezeichnete den von Engholm und Klose gewählten Führungsstil gar als „Kardinalfehler“ der SPD (Bild, 9. 3. 93).

Dennoch will niemand bei den Sozialdemokraten die Verantwortung für das katastrophale Wahlergebnis übernehmen. Engholm lehnt „personelle Konsequenzen“ für sich ab (Süddeutsche Zeitung, 9. 3. 93). Auch Eichel sieht für sich „keine Notwendigkeit zum Kurswechsel“, da die rotgrüne Landesregierung in Hessen „nicht abgewählt“ worden sei (FR, 9. 3. 93). „Affären fördern die Politikverdrossenheit“, wettete Eichel dagegen im

Blick auf die Jansen-Pfeiffer-Affäre in Kiel (Bild, 9.3.93).

Kanzlerkandidatenfrage

„Wenn Engholm sich nicht von Jansen trennt, sind wir in einer sehr schweren Situation und müssen sicher noch einmal über die Kanzlerkandidatenfrage neu nachdenken“, erklärte der SPD-Bundestagsabgeordnete Bernd Reuter (FR, 8.3.93). Auch die ehemalige Bundestags-

er gewußt hat und was nicht“. (Welt am Sonntag, 7.3.93)

Auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Penner sieht „eine Gefahr für ihn (Engholm) und seine bundespolitische Aufgabe“. (Welt am Sonntag, 7.3.93)

Schröder oder Scharping?

Derweil wird die Kritik an Engholm immer lauter: „Können sich die Sozialdemokraten einen Kanzlerkandidaten erlau-



GA-Zeichnung: Dieter Hanitzsch

Schon wieder was ans Bein gebunden

präsidentin Annemarie Renger forderte Jansen dazu auf, sein Amt zur Verfügung zu stellen. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Katrin Fuchs mahnte von Engholm „eine deutliche Entscheidung“ an, denn ansonsten gingen die „Spekulationen weiter und das schadet Engholm“. (Süddeutsche Zeitung, 8.3.93)

SPD-Fraktionschef Klose sieht Engholm mittlerweile „in einer ganz schwierigen Situation“. Engholm müsse sagen, „was Sache ist, was er weiß und was nicht, was

ben, der selbst dann noch mit seiner politischen Naivität kokettiert, wenn ihm das Wasser bis zum Hals steht?“ fragt die Frankfurter Neue Presse (6.3.93). Und die Welt kommentiert: „Hinsichtlich des Kanzlerkandidaten der SPD gibt es nur noch eine Frage: Schröder oder Scharping? Die Blöße, die sich Engholm in der Affäre Pfeiffer gab, bietet eine Gelegenheit, dem in großen Teilen der Opposition unangenehmen Kandidaten ins Ruder zu fallen“.

Generalsekretär Peter Hintze:

Das Abitur muß wieder Auskunft über die Studierfähigkeit geben

Die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland in Europa und weltweit hängt entscheidend davon ab, ob es gelingt, die geistigen Ressourcen zu erschließen, die notwendig sind, um auch in den kommenden Jahren durch Spitzenprodukte und Spitzendienstleistungen international wettbewerbsfähig zu sein.

Wir müssen in der Lage sein, möglichst weltweit konkurrenzlose Produkte zu entwickeln, kostengünstig zu produzieren und erfolgreich zu vermarkten. Wir brauchen dazu mehr denn je Eliten in Wirtschaft, Handel, Dienstleistungen und in der Politik.

An einigen Hochschulen ist in bestimmten Massenfächern eine solche Elitebildung heute unmöglich geworden. Ohne die bewußte Heranbildung von Eliten verfehlt aber die Universitätsbildung ihren Auftrag.

Qualität geht vor Quantität

Wir haben in den zurückliegenden Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, benachteiligte Jugendliche nach Kräften zu fördern, und das war gewiß richtig. Aber auch hier stellt sich die Frage nach den richtigen Proportionen: Die Mittel für die Förderung von Benachteiligten in der beruflichen Bildung betragen das Fünffache dessen, was wir derzeit für die Begabtenförderung aufwenden. Die neun Begabtenförderungswerke in der Bundesrepublik finanzieren gegenwärtig die Ausbildung von 10.000 Studenten und 2.000

Doktoranden — das ist weniger als ein Prozent aller Studierenden!

Diese Zahlen zeigen, daß wir uns in der Vergangenheit zu sehr auf den allgemeinen Bildungserwerb konzentriert und der Förderung von besonders Begabten zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt haben. Zur Elitebildung werden Hochschulen aber nur in der Lage sein, wenn das Abitur wieder verläßlich Auskunft über

Auszug aus der Rede des Generalsekretärs auf der Bundesdelegiertenversammlung des RCDS am 5. März in Königswinter

die Studierfähigkeit gibt. Ich halte es für ein Unding, wenn in Deutschland Abiturprüfungen abgelegt werden können, die nicht verpflichtend Deutsch, Mathematik, eine fortgeführte Fremdsprache sowie ein naturwissenschaftliches oder historisches Fach zum Gegenstand schriftlicher Prüfungen machen. Offensichtlich brauchen wir auch eine neue Diskussion über den Begriff der Allgemeinbildung.

Elitebildung wird nur möglich sein, wenn Hochschulen nicht nur in die Lage versetzt, sondern geradezu verpflichtet werden, sich an der Auswahl ihrer Studenten stärker zu beteiligen. Die Zuweisung von Studenten durch den Zentralcomputer der ZVS ist die bürokratische Variante der Verhinderung von Elitebildung. Nur wenn die Hochschulen über ein Auswahl-

verfahren profilbildende Schwerpunkte setzen können, werden sie auch in die Lage versetzt, junge Talente anzuziehen und individuell zu fördern.

Differenzierung statt Uniformierung

Die Zukunft der deutschen Hochschule wird davon abhängen, wieviel Differenzierung und Flexibilisierung gelingt und wieviel Uniformität wir überwinden. Das beginnt mit einer Straffung der Studieninhalte sowie einer klaren Gliederung in wissenschaftliche Grundbildung und darauf aufbauende Graduiertenstudien. Das wird fortgeführt durch den Ausbau berufsbegleitender Studiengänge bis hin zu kompletten dualen Bildungswegen.

Dazu gehört ein fortentwickeltes Prüfungsverfahren, das sich auf wesentliche Stoffe beschränkt und z. B. durch sog. „Freischußregelungen“ einen Anreiz bietet, sich möglichst früh zur Prüfung zu melden.

Und ich denke auch, daß das Projekt von Hochschulen in privater Trägerschaft in Deutschland noch nicht ausdiskutiert sein kann. Gerade angesichts einer intensiven Diskussion um die angespannte Haushaltsslage im Bund und in den Ländern kann das Modell der Hochschule in privater Trägerschaft ein interessanter und zukunftsweisender Weg sein, zusätzliches privates Kapital für akademische Einrichtungen zu mobilisieren.

Ein solcher Weg bedeutet nicht das Ende der staatlichen Hochschule. Aber es könnte der Qualität der akademischen Ausbildung in Deutschland sehr zugute kommen, wenn die staatlichen Hochschulen in einen fruchtbaren Wettbewerb mit privaten Universitäten eintreten müßten. Ich spreche zum Beispiel von dem Trend, das Einzelinteresse über alles zu stellen;

alle Freiheiten für sich zu fordern ohne jede Verantwortung für das Ganze. Diese Rechnung, bei der jeder immer nur seine Forderungen präsentiert, aber mit der riesigen Endsumme nichts zu tun haben möchte, geht nicht auf. Das hat nichts mit Freiheit zu tun, wie wir sie verstehen — nämlich einer Freiheit, die unauflöslich an Verantwortung geknüpft ist —, und es hat rein gar nichts mit Solidarität zu tun.

Es ist diese geistige Haltung, die unser Land derzeit am meisten schwächt. Beim Patienten Deutschland — dem es in Wahrheit so schlecht ja gar nicht geht — haben viele seiner physischen Beschwerden ihre Ursachen in seiner psychischen Verfassung.

Ein anderes Beispiel: Verunsicherung, Orientierungs- und vermeintliche Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher bilden den Hintergrund, vor dem sich die gewalttätigen Ausschreitungen der letzten Monate ereignen. Dazu muß auch gesagt werden: Was sich vor Ausländerheimen, was sich in anderem Zusammenhang auch vor Fußballstadien abspielt, hat angefangen vor Fernsehgeräten und auf Schulhöfen. Diesem Weg in eine Gewaltgesellschaft müssen wir uns entschlossen entgegenstellen.

Wertebewußtsein schärfen

Aus diesem Grund muß es unser vorrangiges Ziel sein, das Wertebewußtsein in dieser Zeit des Wandels zu schärfen. Die Diskussion über das neue Grundsatzprogramm der CDU kann dazu ein wichtiger Beitrag sein. Insgesamt muß in unserer Gesellschaft darüber nachgedacht werden, ob wir jungen Menschen nicht wieder viel stärker Werte wie Verantwortungsbewußtsein, Respekt vor der Würde des Nächsten, Toleranz und Solidarität nahebringen müssen.

Der Verzicht darauf ist in meinen Augen

nicht Ausweis einer liberalen Einstellung, sondern ein kardinaler Fehler — ein Versagen vor der Aufgabe, jungen Menschen die notwendigen Orientierungshilfen mit auf den Weg zu geben. Hier ist ein Umdenken dringend gefordert. Schule zum Beispiel muß auch einen Erziehungsauftrag haben, sie darf nicht nur eine bloße Anstalt zur angeleiteten Selbstentfaltung sein.

Ähnliches gilt für die Hochschulen. Gewiß kann es nicht die Aufgabe der Hochschulen sein, einen verbindlichen Wertekanon zu vermitteln. Aber eine engagierte Diskussion über Werte, über das ethische Fundament unseres Staates und unserer Gesellschaft muß an den Hochschulen zumindest geführt werden — und zwar nicht nur in den engbegrenzten Räumlichkeiten des philosophischen Seminars. Die Hochschulen können und müssen das geistige Klima unseres Landes mitgestalten — und wir müssen ihren Beitrag mehr als bisher einfordern.

Es ist eben nicht genug, den akademischen Nachwuchs mit den neuesten technologischen Errungenschaften vertraut zu machen — wenn gleichzeitig die Bereitschaft zur Verantwortung verkümmert. Es ist nicht genug — schlimmer noch: es ist sogar gefährlich —, wenn dank bahnbre-

chender Entdeckungen wissenschaftliches Neuland betreten wird, der ethische Kompaß für den Weg in die Zukunft aber verlorengeht.

Deshalb dürfen wir auch nicht zulassen, daß allein das Niveau der naturwissenschaftlichen Forschung zum Qualitätsmaßstab erhoben wird — so wichtig diese ist. Die Geisteswissenschaften sind keine Randwissenschaften, keine brotlosen „Orchideenfächer“. Sie haben einen unverzichtbaren Beitrag zu leisten, der sehr viel mit Zukunftsfähigkeit zu tun hat: Sie müssen den Blick schärfen für die Grundlagen, die menschliche Gemeinschaft erst möglich machen.

Der wachsende Egoismus in unserer Gesellschaft, die verschärfte Verteilungskämpfe, die abnehmende Bereitschaft zur Solidarität sind ein Indiz dafür, daß sich dieser Blick bei manchen gefährlich getrübt hat.

Übrigens: Man kann die Bedeutung der Geisteswissenschaften nicht betonen, ohne auch praktische Konsequenzen daraus zu ziehen. Das heißt: Die Geisteswissenschaften müssen bei der Verteilung knapper gewordener Forschungsmittel natürlich angemessen berücksichtigt werden. Auch das ist eine Investition in die Zukunft.

Eindämmung der Gewalt im Fernsehen

Mit diesem Thema befaßt sich ein medienpolitisches Forum der CDU am 25. März 1993 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn.

Mit diesem Fachforum will die CDU ihren konkreten Beitrag dazu leisten, insbesondere auch vor dem Hintergrund zunehmender Gewalt in Deutschland eine offene Diskussion über Gewalt in den Medien mit dem

Ziel zu führen, sie deutlich zu reduzieren.

Generalsekretär Peter Hintze und Staatssekretär Bernd Neumann werden in die Thematik einführen. Nach der Mittagspause findet eine Podiumsdiskussion statt, an der u. a. Bundesministerin Angela Merkel und Staatssekretär Reinhard Göhner, Vorsitzender der Grundsatzprogrammdiskussion der CDU, teilnehmen werden.

RCDS mit neuem Bundesvorstand

Auf dem Programm der dreitägigen Bundeskonferenz des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Königswinter (5. bis 7. März) standen neben der Wahl des neuen Bundesvorstandes insbesondere hochschulpolitische Diskussionen sowie die Themen „Innere Einheit Deutschlands“, „Europapolitik“ und „Sozialpolitik“.

Zur neuen Vorsitzenden des RCDS wählte die Bundesdelegiertenversammlung die 22jährige Jura-Studentin Tamara Zieschang aus Würzburg. Zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden wurden der Bonner Jura-Student Oliver Röseler (23 Jahre) und der Trierer BWL-Student Christoph Menningen (21 Jahre) gewählt.

Der Studentenverband zog auf der Tagung Bilanz über die hochschulpolitischen Diskussionen des letzten Jahres. „Im letzten Jahr ist viel über Veränderungen in der deutschen Hochschullandschaft diskutiert worden, jetzt gilt es die hochschulpolitischen Forderungen in Gesetzesform zu gießen“, erklärte die neugewählte Bundesvorsitzende, Tamara

Zieschang. Studentische Lehrevaluationen sowie die Zweiteilung des Studiums seien in die Hochschulgesetze aufzunehmen.

Die Zweiteilung des Studiums dürfe aber nicht zu einer Entwissenschaftlichung des Studiums führen, sondern müsse die Studiengänge im Hinblick auf überflüssige Lehrinhalte entrümpeln. Beim Hochschulzugang müsse den Hochschulen ein Auswahlrecht eingeräumt werden, wobei zusätzlich zum Abiturgesamtergebnis die Belegung und Ergebnisse einzelner Schulfächer herangezogen werden können.

Die Studienvertreter waren sich mit dem Gast der Bundesdelegiertenversammlung, Staatsminister des Innern Heinz Eggert aus Sachsen, einig, daß kein Teil Deutschlands dauerhaft auf Kosten des anderen Teils Deutschlands leben und kein Teil auf Dauer die gebotene Solidarität verweigern kann, ohne die Stabilität unseres gesamten Gemeinwesens zu gefährden. „Die vor uns stehenden Probleme können wir nur gemeinsam bewältigen. Die Folgen, positiv wie negativ, werden wir gemeinsam zu tragen haben“, erklärte die Bundesvorsitzende.

Diskussion begrüßt

Die Diskussion, die derzeit in einzelnen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft über die Möglichkeit, die nationalen Zentralbanken nach dem Vorbild der deutschen Bundesbank in die Unabhängigkeit zu entlassen, geführt wird, ist vom stellvertretenden Vorsitzenden der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Bernhard Sälzer (EVP/CDU), begrüßt worden.

Dies sei ein wichtiger Schritt, um schon vor Beginn der dritten Stufe der Währungsunion notwendige Erfahrungen zu sammeln und die Zusammenarbeit im Währungsbereich auf den richtigen Weg zu bringen.

Die Unabhängigkeit wichtiger nationaler Zentralbanken, die das wirksamste Mittel gegen Währungsspekulationen darstelle, müsse möglichst schnell herbeigeführt werden, sagte Sälzer.

Zur Verantwortung erziehen

Bildung – Schlüssel zur Zukunft

Unter diesem Motto beschäftigten sich mehr als 800 Teilnehmer aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften, Lehrer, Eltern, Schüler und Studenten umfassend mit Fragen der Bildungspolitik in Wiesbaden.

Bundeskanzler Helmut Kohl unterstrich die Bedeutung der Bildung als die immaterielle Grundlage unserer Zukunftssicherung: „Ob Deutschland sich im Wettbewerb mit anderen Ländern behaupten kann, hängt auch ab von der Qualität unserer Ausbildungseinrichtungen, der beruflichen Qualifikation der Menschen in unserem Land und nicht zuletzt den Ausbildungszeiten, der Flexibilität und auch den Sprachkenntnissen unserer Arbeitnehmer.“ Bildung und Ausbildung seien für die CDU „Themen ersten Ranges“ und nähmen deshalb auch im Entwurf des neuen Grundsatzprogramms einen breiten Rahmen ein.

Die Bedeutung des Kongresses ließ sich auch an der Präsenz aller Kultusminister der Union ablesen sowie des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Erwin Teufel und des gastgebenden hessischen Landesvorsitzenden Manfred Kanther.

Schule im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlichen Leistungserfordernissen und individueller Erwartung.

In diesem Forum stand die Frage der Ausgestaltung des allgemeinbildenden Schulwesens im Mittelpunkt. Erwartungsgemäß gab es eine lebhaftige Debatte über die Frage, ob es in Zukunft eine auf zwölf Jahre verkürzte Gymnasialzeit geben werde. Wer die jungen Leute nicht um ihre beruflich kreativsten Jahre bringen

wolle, so Erwin Teufel, müsse sich dieser Frage offen stellen.

Er plädierte ebenso wie der Parteivorsitzende und zahlreiche Bildungspolitiker der CDU für eine Verkürzung der gymnasialen Schulzeit. Gleichzeitig wurde jedoch deutlich, daß die Sorge um einen möglichen Qualitätsverlust, die vor allem der bayerische Kultusminister Hans Zehetmair zum Ausdruck brachte, ein wesentlicher Prüfstein für die Ausgestaltung einer verkürzten Gymnasialzeit werden muß. In diesem Zusammenhang muß auch die Forderung gesehen werden, durch ein bundesweites Zentralabitur

Eine Dokumentation zum bildungspolitischen Kongreß der CDU am 4./5. März in Wiesbaden wird in Kürze erscheinen.

einen Qualitätsverlust des Abiturs zu verhindern.

Durch einen verbindlichen Fächerkanon, darunter Deutsch, Mathematik, eine Fremdsprache, ein naturwissenschaftliches Fach und Geschichte, sei das Leistungsprofil des Abiturs zu stärken. Wer die Chancengerechtigkeit wolle, so der Bundeskanzler, könne nicht die Hauptschule als Restschule der Nation abqualifizieren und die vornehmlich handlungsorientierten Begabungen von über einer Million junger Menschen mit Füßen treten.

Der Kultusminister des Landes Thüringen, Dieter Althaus, sprach sich dafür aus, bei der Wahl der verschiedenen

Schullaufbahnen müßten Eltern und Schule wieder stärker die Leistungsvoraussetzungen und den Leistungswillen der Kinder in den Blick nehmen. Ein übertriebener Liberalismus durch eine sogenannte freie Schullaufbahn sei letztlich kinderfeindlich, weil Überfordern von vornherein einkalkuliert wird.

Die Frage nach einer wertorientierten Erziehung, den Mut, sich auch in der Schule wieder zu den „Sekundärtugenden“, wie Fleiß, Hilfsbereitschaft, Pünktlichkeit und Höflichkeit, zu bekennen, war ein wichtiges Anliegen zahlreicher Diskutanten. In der bildungspolitischen Diskussion dürfen die Fragen „der erzieherischen Momente und der Persönlichkeitsbildung nicht zu kurz kommen“, betonte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl.

Familie und Schule im Wandel

In diesem lebhaft diskutierten Forum stellte die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Frau Steffi Schnoor (Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern), die Aufgabe heraus, daß Schule und Familie gemeinsam der zunehmenden Gewalt an den Schulen entgegentreten müssen. Wer die soziologischen Erhebungen in der Familienforschung nüchtern analysiere, wisse um die Wichtigkeit des Erziehungsauftrages der Familien, wie sie die Politik der CDU immer betont habe.

Andererseits müsse berücksichtigt werden, daß wir uns mitten in einem Wandel der Gesellschaft befinden. Hier ständen Eltern, die ihren Erziehungsauftrag wahrnehmen wollen, vor großen Herausforderungen; dabei seien sie auch auf die Hilfe der Politik angewiesen. „Eingefangen zwischen ständig gestiegenen materiellen Ansprüchen, den Forderungen der Arbeitswelt, Leistungsdruck infolge eines schärfer gewordenen Wettbewerbs und

dem Trend zur Kleinst- und Zwei-Generationen-Familie, kommen — um es vorsichtig zu formulieren — die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen zu kurz.“

Nachdrücklich wurde von Kongreßteilnehmern auf die besonderen Belastungen hingewiesen, denen Kinder und Jugendliche in den neuen Bundesländern durch die zahlreichen Veränderungsprozesse ausgesetzt seien.

Ausbildung und Arbeitswelt

Fragen der beruflichen Bildung nahmen einen breiten Rahmen ein. Am erfolgreichen dualen System, so Bundeskanzler Helmut Kohl, orientieren sich die EG-Partnerstaaten und die USA. Doch auch in der beruflichen Bildung gebe es Fehlentwicklungen. 200.000 weniger Lehrlinge innerhalb der letzten sieben Jahre, 120.000 unbesetzte Lehrstellen in den alten Bundesländern sowie die Steigerung des Anteils der Studienanfänger pro Altersjahrgang auf über 33 Prozent weisen auf ein erheblich verändertes Ausbildungsverhalten unter Jugendlichen hin.

Eine Verschiebung zugunsten der akademischen Ausbildungsgänge weise auf die Notwendigkeit hin, die berufliche Bildung attraktiver zu gestalten. „Die Fachkräfte in Industrie und Handwerk, in Handel und in den freien Berufen sind aber eine tragende Säule unserer Sozialen Marktwirtschaft. Und die müssen sie auch bleiben. Die soziale Struktur unseres Landes geriete sonst in eine Schiefelage. Die Zukunft einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft ist mit Akademikern allein nicht zu gestalten“, betonte der Parteivorsitzende.

Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Kulturpolitik der CDU, Georg Gölder, wies darauf hin, daß zu den Defiziten der Bildungspolitik in den letzten zwanzig Jahren auch die Vernachlässigung des Zusammenhangs von Bildungs-

system und Beschäftigungssystem gehöre. Von der Herstellung einer Gleichwertigkeit von beruflicher Bildung mit der allgemeinen Bildung wurde viel gesprochen, konkrete Maßnahmen zur Beendigung der Benachteiligung der beruflichen Bildung seien aber ausgeblieben.

Die Attraktivität und die Zukunft des beruflichen Bildungssystems werde entscheidend dadurch bestimmt, ob Absolventen aus berufsbezogenen Ausbildungsgängen auch nur annähernd dieselben Chancen zum beruflichen Aufstieg erhalten wie Absolventen aus akademischen Bildungswegen. Das Nachdenken über die Anerkennung der beruflichen Bildung, so Gölder, führe zwangsläufig dazu, wie in den Schulen auch in den Betrieben eine größere Differenzierung vorzunehmen. Konkrete Schritte wären hierfür:

- Zusatzqualifikationen,
- Vermittlung zusätzlicher Inhalte, z. B. in der Datenverarbeitung; oder berufsorientierte Fremdsprachenkenntnisse,
- zusätzliche Förderung nicht nur für die Leistungsstarken, sondern auch für Leistungsschwächere.

Gölder sprach sich auch für verbesserte Arbeitsmöglichkeiten an den Berufsschulen aus. Die Berufsschule dürfe nicht der „Appendix“ im dualen System sein, deshalb erneuerte Gölder die Forderung des Bundesfachausschusses Kulturpolitik nach einer Einführung eines zweiten Berufsschultages. Auch plädierte er für die Einbeziehung der Berufsschulen in die Abschlußprüfungen, wie es in Baden-Württemberg bereits praktiziert werde.

Diese vorgeschlagenen Maßnahmen würden jedoch keine Wirkung erzielen, wenn dazu nicht auch ein Überdenken der beruflichen Perspektiven für die im dualen System ausgebildeten Fachkräfte trete. Gölder forderte: „Dem kritischen Blick auf die Betriebe muß ein noch kriti-

scherer Blick auf das Handeln des Bundes, der Länder und der Kommunen folgen: Wenn die Eingangsvoraussetzungen in immer mehr Berufen immer mehr heraufgesetzt werden, dann dürfen wir uns nicht wundern, daß immer mehr Eltern von vornherein den sicheren Weg des Gymnasiums einschlagen.“ Konsequenz sei deshalb der Weg der beruflichen Bildung bis in die Fachhochschulen auszubauen und die Möglichkeiten des Hochschulzuganges für besonders beruflich Qualifizierte vorzusehen.

Hochschule als Stätte der Wissenschaft und der Ausbildung

Dieses Forum konzentrierte sich auf die Fragen einer grundlegenden Studienreform sowie der zukünftigen Finanzierung der Hochschulen. Der Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Norbert Lammert, plädierte für ein neues Zulassungsrecht für die mit 1,83 Mio. Studenten überfüllten Hochschulen. Die Hochschulen sollten sich künftig auch mit Auswahlgesprächen und Tests in allen Numerus-clausus-Studienfächern die Studienplatzbewerber nach eigenem Anforderungsprofil aussuchen.

Dabei sind nach Auffassung Lammerts die bereits erworbene Berufspraxis sowie spezielle Fächerwahl und Leistung in der gymnasialen Oberstufe mit zu berücksichtigen. Norbert Lammert brachte die problematische Studienzulassung auf den Punkt: „Das Hochschulsystem leidet unter Lebenslügen, zu denen schon die Behauptung gehört, unsere Hochschulen seien offen und müßten es bleiben; sie sind es schon lange nicht mehr.“

Die Podiumsteilnehmer waren sich einig über die notwendigen Schritte zur Stärkung der Leistungsfähigkeit des deutschen Hochschulsystems. Professor Dr.

Hans-Joachim Meyer, Staatsminister für Wissenschaft und Kunst des Freistaates Sachsen, schlug folgende Schritte vor, um die Handlungsfähigkeit der Hochschulen als leistungsstarke Bildungsstätten wiederzugewinnen:

- realistische und kontinuierlich kontrollierte Prüfungs- und Studienordnungen einschließlich sinnvoller Ablaufpläne für jeden Studiengang,
- eine sinnvolle Integration von Fachprinzip und Gruppenprinzip in der Hochschulverfassung,
- eine klare Trennung von akademischen Gremien und Verwaltungsgremien,
- eine klare und notfalls auch rechtlich wirksame Definition der Rechte und Pflichten der Lehrenden und Lernenden,
- flexible und begrenzte globalisierte Hochschulhaushalte, die ein eigenverantwortliches und längerfristiges Handeln der Hochschule ermöglichen.

Es bestand auch Einigkeit darüber, daß für die Mehrzahl der Studierenden ein berufsbefähigendes Studium angeboten werden müsse, das in der Regelstudienzeit von acht Semestern und einem Prüfungssemester abgeschlossen werden kann. Die Inhalte der Studiengänge sind daraufhin zu überprüfen, welcher Stoff für die Berufsqualifikation unverzichtbar sei.

Die Einrichtung eines Graduiertenstudiums mit einer Hinführung zur Promotion führe zur notwendigen Differenzierung

des Studiums an den Hochschulen. Ein gezielter Ausbau der Fachhochschulen sei unabdingbar, um Studierwilligen Alternativen zum Universitätsstudium aufzuzeigen und die Universitäten zu entlasten. Die Einführung einer generellen Studiengebühr wurde verworfen, als praktikabel wurde ein von Erwin Teufel eingebrachter Vorschlag eines „Gutscheinsystems“ angesehen, das diejenigen belohne, die ihr Studium in der Regelstudienzeit absolvierten.

Der Bundeskanzler wird den Vorschlag der Hochschulrektorenkonferenz für eine gemeinsame Konferenz für Bildungsfragen aufgreifen. Der sogenannte Bildungsgipfel wird nach der Sommerpause stattfinden. Bundeskanzler Helmut Kohl betonte, daß ein solches bildungspolitisches Spitzengespräch sein Ziel verfehlen würde, wenn es sich allein in der Erörterung von Finanzfragen erschöpfe. Notwendig sei vielmehr ein neuer, übergreifender Konsens in allen wesentlichen Fragen von Bildung und Ausbildung. Im Lichte der Ergebnisse des Wiesbadener Kongresses wird der Bundesfachausschuß Kulturpolitik dem CDU-Bundesvorstand den Entwurf eines neuen bildungspolitischen Programms vorlegen. Dieser Entwurf wird als Leitantrag des Bundesvorstandes in den Monaten April bis August in den Gliederungen diskutiert und auf dem 4. Parteitag in Berlin verabschiedet.

Kanzler- und Ministergehälter bis 1994 eingefroren

Angesichts der schwierigen Finanzlage des Bundes bleiben die Bezüge von Bundeskanzler Helmut Kohl, seiner Ministerinnen und Minister ebenso wie die der Parlamentarischen Staatssekretäre für zwei Jahre auf dem Stand von 1991 eingefroren. Ab 1994 soll es dann eine Anpassung entsprechend der Erhöhung der Beamtenbezüge geben. Ein entsprechendes Gesetz, das das Bundeskabinett selbst vorgelegt hatte, billigte nach dem Bundestag ohne Aussprache abschließend auch der Bundesrat.

Was ist Vergangenheitsbewältigung?

Zum 21. Bonner Theologischen Gespräch des Evangelischen Arbeitskreises begrüßte die Bundesvorsitzende Angela Merkel den evangelischen Theologieprofessor und SPD-Politiker Richard Schröder.

Er sprach zum Thema „Was ist Vergangenheitsbewältigung — Erwägungen über Schuld und Vergebung“.

Gleich zu Beginn seines Vortrages warnte Schröder vor überzogenen Erwartungen: „Wir dürfen dem Bösen im nachhinein nicht zu viel der Ehre antun.“

Auch Vergleiche etwa mit der Bewältigung der Nazi-Vergangenheit seien nicht hilfreich, führten außerdem zu einer falschen Gleichsetzung. Vergangenheitsbewältigung sei eine höchst komplexe Sache, der man mit einfachen Formeln nicht begegnen kann. Er sprach sich

gegen ein „politisches Strafrecht“ ebenso aus wie gegen jedes Tribunal. Eindringlich warnte Schröder vor ethischem Rigorismus und plädierte für sorgfältige Einzelfallprüfungen.

Zu kritischen Nachfragen des Publikums gab seine Forderung Anlaß, daß bei der Beurteilung der Vergangenheit die Frage der Kompetenz etwa bei Medizinern oder Naturwissenschaftlern eine gewichtige Rolle spielen solle.

Richard Schröder schloß mit der Forderung: „Bald müssen wir aber zu der Normalität zurückkehren, daß wir uns unser Urteil über andere aus unseren Erfahrungen mit ihnen bilden. Menschen können sich ändern und dazulernen, zum Glück. Sie können das in einer freiheitlichen Gesellschaft besser als unter den Bedingungen einer Diktatur oder ‚Nischengesellschaft‘.“

Neu im Veröffentlichungsprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung

Eben erschienen: Heft 1/93 der im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung von Dr. G. Rüter herausgegebene „Zeitschrift zur politischen Bildung“. Das Hauptthema der 112 Seiten umfassenden Veröffentlichung:

Deutschland im zukünftigen Europa – Schwierige Geschichte, unsichere Gegen- wart, mögliche Perspektiven

Einige der Einzelthemen:

- Wie alt ist Europa? — Europa im historischen Kontext
- EU-phorie oder EU-phobie? — Wie

soll es weitergehen mit Europa?

- Was kann Kultur für Europa leisten?

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich (Thema von Heft 2/93: „Demokratie — wehrhaft oder hilflos?“). Im Abonnement kostet sie 8,80 DM/pro Jahr (zuzüglich Versandanteil). Der Preis eines Einzelheftes: 5,— DM. Abonnementbestellungen nimmt entgegen/Einzelhefte gibt ab:

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Bildungszentrum Schloß
Eichholz, Postfach 1331
W-5047 Wesseling**

Standortsicherungsgesetz:

Eindrucksvolle Bestätigung durch Wirtschafts-Sachverständige

Zur Sachverständigen-Anhörung zum Standortsicherungsgesetz im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages am 3. März erklärte der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansgeorg Hauser: Die Konzeption des Standortsicherungsgesetzes ist eindrucksvoll bestätigt worden.

● Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist in den letzten Jahren ins Hintertreffen geraten. Hohe Belastungen durch Steuern und Lohnkosten verschlechtern die Wettbewerbssituation der deutschen Wirtschaft gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten. Wenn Großbetriebe ihre Produktionsstätten in das Ausland verlagern, belegt dies nicht nur die Verschlechterung der steuerlichen Rahmenbedingungen, sondern bedeutet auch eine akute Gefährdung von Arbeitsplätzen.

● Alle an der Anhörung beteiligten Sachverständigen, Verbände und Institutionen waren sich darin einig, daß die sachgerechteste Lösung zur Beseitigung dieser Standortnachteile die Abschaffung der Gewerbesteuer und anderer substanzbelastender Steuern wäre.

Dies bedeutet eine schallende Ohrfeige für die SPD, die mit ihrer Blockadepolitik die Bemühungen der Koalition, die ertragsunabhängigen Steuern abzuschaffen, vereitelt hat. Das eindeutige Urteil aller Sachverständigen sollte der SPD Anlaß geben, ihre Position in dieser Frage nochmals zu überdenken.

● Die Deutsche Bundesbank hat eindringlich darauf hingewiesen, daß ange-

sichts der hohen finanziellen Belastungen infolge der deutschen Einheit eine weitere Erhöhung der Staatsverschuldung nicht in Betracht kommt und deshalb die Unternehmensteuerreform aufkommensneutral durchgeführt werden muß.

● Die Senkung des Körperschaftsteuersatzes und des Einkommensteuerspitzenatzes für gewerbliche Einkünfte hat eine positive Signalwirkung auf in- und ausländische Unternehmen, Investitionen in Deutschland vorzunehmen und damit Arbeitsplätze zu schaffen. Die maßgeblichen Wirtschaftsverbände haben dies ausdrücklich bestätigt. Auch der Mittelstand und das Handwerk begrüßen das Standortsicherungsgesetz uneingeschränkt.

● Soweit vereinzelt die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzentwurfs bezweifelt wurde, konnten diese Ausführungen nicht überzeugen. Die theoretisch gekünstelte Argumentation einer angeblichen Verfassungswidrigkeit verkennt — worauf andere Verfassungsrechtler zu Recht hingewiesen haben —, daß die mittelbare Beseitigung der zusätzlichen Gewerbesteuerbelastung genausowenig verfassungswidrig sein kann wie eine — unbestritten zulässige — Abschaffung der Gewerbesteuer.

Sicherung von Arbeitsplätzen

Als Fazit der Anhörung ist deshalb in erster Linie festzuhalten, daß das Standortsicherungsgesetz schnellstmöglich verabschiedet werden muß, im Interesse der deutschen Wirtschaft und zur Sicherung von Arbeitsplätzen. ■

Norbert Blüm:

Es gibt keinen ABM-Stopp

Jeder in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Beschäftigte ist nicht nur eine statistische Größe, sondern hinter jedem einzelnen dieser Fälle steht ein Mensch mit all seinen Sorgen und Nöten. Deshalb werde ich mich immer gegen eine Politik wenden, die mit diesen Ängsten und Sorgen spielt. Deshalb folgende Klarstellungen:

1. 9,9 Milliarden Mark stehen 1993 im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit zum Zwecke der Finanzierung allgemeiner Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Verfügung.

Keine Mark davon ist gekürzt worden, keine Mark wird gekürzt! Es bleibt bei unserer Zusage.

Im Jahre 1992 standen im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit 9,4 Milliarden DM für ABM zur Verfügung. Hinzu kamen drei Milliarden DM aus dem Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost.

2. Es gibt keinen ABM-Stopp, sondern einen vorläufigen Stopp der ABM-Bewilligungen.

Laufende ABM werden nicht angetastet, bereits bewilligte Maßnahmen können auch 1993 anlaufen. Alle Zusagen für dieses Jahr werden eingehalten.

Der vorläufige Stopp der Bewilligungen ist unumgänglich, denn auch die Bundesanstalt für Arbeit muß sich an das Haushaltsrecht halten, daran ändert auch die Selbstverwaltung nichts. **Niemand kann mehr aus einer Kasse herausholen, als sich darin befindet.**

3. Für die Verteilung des Geldes im Rahmen der Haushaltsansätze ist die Bundesanstalt für Arbeit zuständig. Für den Monat Januar waren nach internen Ansätzen der Bundesanstalt für Arbeit 10.000 neue ABM-Plätze im Osten vorgesehen.

Tatsächlich gab es im Januar 34.000 Vermittlungen in ABM im Osten. Das belegt,

Rede von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm zur Aktualen Stunde im Deutschen Bundestag am 3. März 1993

daß weit mehr Bewilligungen ausgesprochen wurden, als es bei einer gleichmäßigen Verteilung auf das Jahr sinnvoll gewesen wäre.

Es gilt für das öffentliche wie für das private Leben: Verplanen und bewilligen kann man nur, wofür man Zusagen hat.

Wer zum Beispiel seinen Monatslohn schon in den ersten drei Tagen des Monats verplant, der kann sich nicht beschweren, wenn er am vierten Tag keine neuen Pläne mehr machen kann. So ist das auch in der Bundesanstalt. Wer schon das Jahr zu Beginn verplant oder gar schon vorher, beschränkt seine Dispositionen im laufenden Jahr.

4. Über zwei Milliarden Mark sind im Januar und Februar an Mitteln für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen abgeflossen.

Wenn das so weitergegangen wäre, Monat für Monat, hätten wir am Ende

des Jahres nicht die im Haushalt vorgesehenen 9,9 Milliarden Mark, sondern weit über 12 Milliarden Mark für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausgegeben.

5. Vor diesem Hintergrund hat der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit einen **vorläufigen Bewilligungsstopp** ausgesprochen, um einen Überblick über die eingegangenen Mittelbindungen und den noch verbleibenden Handlungsspielraum zu erhalten. Dies ist korrekt im Rahmen seiner gesetzlichen Verpflichtung zur ordentlichen Haushaltsführung.

Dies ist auch sachgerecht mit Blick auf die Erfahrungen des Jahres 1992. Denn schon im vergangenen Jahr hat die Bundesanstalt für Arbeit bedeutend mehr Geld für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausgegeben, als im Haushalt vorgesehen waren.

6. Deshalb sage ich ganz klar: Wer mehr Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen will, muß mehr Geld beschaffen, entweder indem er an anderer Stelle spart oder neue Einnahmequellen erschließt.

7. Aber: Jeder muß auch zur Kenntnis nehmen, **daß die Anzahl der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht ins Unendliche gesteigert werden kann.** Denn Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind als Brücke zu normalen Arbeitsplätzen konzipiert. Sie dürfen keine Dauereinrichtung sein, mit der die ganze Wirtschaft überzogen wird und normale Arbeitsplätze verdrängt werden. An die Stelle der DDR-Planwirtschaft darf nicht eine allgemeine ABM-Wirtschaft treten. Neue Arbeitsplätze brauchen wir!

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind auch kein bequemer Ausweg aus der Finanzklemme der Kommunen. Sie dürfen nicht ihre Pflichtaufgaben mit dem Geld der Beitragszahler finanzieren. Für allgemeine Aufgaben ist der Steuerzahler zuständig. Die Sozialversicherung ist

nicht der Lastesel für alles, was sozial erwünscht oder sogar notwendig ist. Sonst werden die Beiträge so hoch steigen, daß die Arbeitsplätze wegfallen. Aber von den Arbeitsplätzen erhält die Sozialversicherung das Geld. Die Sozialversicherung darf nicht deren Geldgeber ruinieren.

8. Mit den verfügbaren Haushaltsmitteln hätten nach unseren Berechnungen im Jahr 1993 jahresdurchschnittlich 350.000 ABM-Plätze in den neuen Ländern gefördert werden können.

Die Bundesanstalt für Arbeit schätzt jetzt, daß jahresdurchschnittlich bis zu 300.000 ABM-Plätze in den neuen Ländern zur Verfügung stehen.

Die Erklärung für diese Differenz wird gefunden, wenn im Dezember 1992 noch zu den alten Förderkonditionen ABM für 1993 bewilligt wurde, anstelle der Alternative, mit geringerem Zuschuß mehr Menschen zu helfen.

Viele Träger, die sich heute in die Öffentlichkeit stellen und den Bewilligungsstopp kritisieren, haben sich selbst noch einmal schnell zu den für Sie günstigeren Konditionen bedient.

Besonders bemerkenswert empfinde ich es in diesem Zusammenhang, daß es eine Reihe von Arbeitsämtern in den neuen Ländern gibt, in denen ganz horrende Steigerungen im Dezember und Januar zu verzeichnen waren. Hier drängt sich der Eindruck auf, daß ohne Rücksicht auf die Zukunft „abgeräumt“ wurde.

Ich erwähne hier nur das Beispiel einer großen Stadt aus dem Süden Brandenburgs.

In diesem Arbeitsamtsbezirk wurden im Jahr 1992 exakt 500 Millionen DM für AB-Maßnahmen ausgegeben. Bis Ende Februar 1993 sind in eben diesem Arbeitsamtsbezirk rechtsverbindliche Zusagen im Arbeitsbeschaffungsbereich

abgegeben worden, die zu Ausgaben in Höhe von 512 Millionen DM im laufenden Jahr führen.

9. Selbst wenn ich hier einmal unterstelle, daß tatsächlich eine bereits 100prozentige Mittelbindung eingetreten wäre, was ja im Augenblick noch überprüft wird, so wird dies nicht zum Zusammenbruch unserer erfolgreichen aktiven Arbeitsmarktpolitik führen. Denn gefördert wird mit den Mitteln, die vom Haushalt vorgesehen sind und das sind 9,9 Milliarden Mark. **Das ist eine Rekordsumme!**

10. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, ausdrücklich auf das neue Instrument „Arbeitsförderung Ost“ hinzuweisen, mit dessen Hilfe die Bundesanstalt für Arbeit einen Lohnkostenzuschuß in Höhe des pauschalierten Arbeitslosengeldes (etwa 15.000 Mark) an die Träger von Umweltsanierungsmaßnahmen und die Träger der freien Jugend- und Sozialarbeit zahlen kann, wenn diese einen Arbeitslosen einstellen.

Dieses neue Instrument produktiver Arbeitsförderung verkürzt den Abstand zwischen dem 1. und dem 2. Arbeitsmarkt, denn es läßt sich leichter in eine Dauerbeschäftigung überführen.

Es gibt in diesen Maßnahmen der Beschäftigten eine gesicherte Perspektive, denn der Lohnkostenzuschuß wird für bis zu drei Jahre gezahlt.

Treuhand, Länder und Kommunen können hier sinnvolle Beschäftigungen ermöglichen, indem sie dem Geld der Bundesanstalt weitere Finanzmittel hinzufügen.

Umweltsanierung ist eine wichtige Voraussetzung für Investitionen. Das Geld für Umweltsanierung also steht im direkten Zusammenhang mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Ab 1. April 1993 sind **bereits Verträge für**

22.000 Beschäftigte unter Dach und Fach. 12.000 im Braunkohlenbereich und 10.000 im Chemiebereich.

Mit großem Engagement sind hier noch erhebliche Steigerungen möglich: die Bundesanstalt für Arbeit geht von bis zu 70.000 Beschäftigten in diesem Jahr aus.

Die im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit vorgesehenen Ansätze für dieses neue Instrument sind nicht starr, da Dekungsfähigkeit zu den Ausgaben für Arbeitslosengeld besteht, insofern ist der Rahmen nach oben offen. Wir zahlen das Geld, das der Arbeitslose erhalten würde, für die Beschäftigung der Arbeitslosen. Es entstehen also keine Mehrausgaben bei der Nürnberger Bundesanstalt.

Um Schwierigkeiten bei der Mitfinanzierung besonders bei freien Trägern der Jugend- und Sozialarbeit zu überwinden, haben wir zudem im Nachtragshaushalt festgelegt, daß hier bis zu 150 Millionen DM für die Kofinanzierung von Maßnahmen nach § 249 h in diesen Bereichen eingesetzt werden können.

Noch große Reserven

Ich kann von dieser Stelle aus nur alle potentiellen Träger auffordern, dieses Angebot zu nutzen, hier liegen noch große Reserven.

Wenn nach Schätzungen der Bundesanstalt 300.000 Arbeitnehmer jahresdurchschnittlich in ABM und noch 70.000 nach dem neuen Instrument „Arbeitsförderung Ost“ in Umweltsanierung und freier Jugend- und Sozialarbeit beschäftigt werden können, dann sind im Jahresdurchschnitt mehr Arbeitnehmer im Osten beschäftigt als gegenwärtig.

Der derzeitige Stand ABM in den neuen Bundesländern beträgt 325.000 Beschäftigte. Im Westen sind derzeit 63.000 in ABM beschäftigt — das entspricht der Jahresdurchschnittszahl.

Schlußbemerkungen

Die Bundesregierung hat auch heute trotz des ABM-Bewilligungsstopps keinen Grund, ihr Licht unter den Scheffel zu stellen.

Diejenigen, die heute am lautesten protestieren, können sich an unserer aktiven Arbeitsmarktpolitik nur ein Beispiel nehmen.

Wir haben die aktive Arbeitsmarktpolitik auf ein absolutes Rekordniveau gesteigert.

Selbst wenn wir nur die alten Bundesländer betrachten, dann sind wir fast dreimal so gut wie in Zeiten, in denen die SPD Regierungsverantwortung in Bonn trug.

Hier nur einige wenige Zahlen:

1982 hatten wir in den alten Ländern 1.880.000 Arbeitslose. 29.189 Menschen waren jahresdurchschnittlich in AB-Maßnahmen beschäftigt. Die Ausgaben für ABM betragen 869 Millionen DM.

Das bedeutet im Klartext, daß auf **1.000 Arbeitslose 15 ABM-Plätze kamen**.

1992 hatten wir in den alten Ländern 1.800.000 Arbeitslose. 78.128 Menschen waren jahresdurchschnittlich in AB-Maß-

nahmen beschäftigt. Hierfür haben wir über 2,5 Milliarden DM ausgegeben. Auf **1.000 Arbeitslose kamen 43 AB-Beschäftigte**.

Die anteilmäßige Zahl der AB-Beschäftigten hat sich folglich ebenso wie die Ausgaben, fast verdreifacht. Dies allein für sich genommen wäre schon eine große Leistung!

In den neuen Ländern kamen 1992 auf 1.170.000 Arbeitslose jahresdurchschnittlich 388.000 ABM-Beschäftigte, das bedeutet 331 AB-Plätze auf 1.000 Arbeitslose.

1982 wurden 18 Prozent der Mittel der Bundesanstalt für Arbeit für aktive Arbeitsmarktpolitik ausgegeben, heute sind es rund 50 Prozent der Ausgaben.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bleiben auch in Zukunft ein wichtiger Bestandteil unserer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Es ist nach wie vor besser, Geld für Arbeit auszugeben, als es für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit auszugeben.

Aber Arbeitsmarktpolitik bleibt immer nur eine Brücke. Das Ufer, das sie erreichen muß, ist Dauerbeschäftigung auf einem normalen Arbeitsplatz. Dafür arbeiten wir weiter.

Fast 460.000 neue Wohnungen in den alten Bundesländern genehmigt

Im Jahre 1992 sind in den westlichen Bundesländern 458.807 neue Wohnungen genehmigt worden. Damit wurde das Vorjahresergebnis um 14,5 Prozent übertroffen.

Besonders groß sind die Steigerungsraten im Mehrfamilienhausbereich mit + 19 Prozent. Allein in diesem Sektor seien 237.869 neue Wohnungen genehmigt

worden, davon 125.972 Eigentumswohnungen, von denen erfahrungsgemäß etwa die Hälfte vermietet werde.

Gerade der Boom bei den Eigentumswohnungen mit einem Wachstum von + 30,1 Prozent macht deutlich, daß sich die Verbesserung der steuerlichen Investitionsbedingungen und Stabilität im Mietrecht auszahlt habe.

Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt ist auch eine Aufgabe der Wirtschaft

Der Bundesfachausschuß Familienpolitik der CDU stellt den Landesverbänden und den Vereinigungen der CDU für die Diskussion des neuen Grundsatzprogrammes ein Positionspapier zur Verfügung, in dem der Bundesfachausschuß seine Position zur Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt vorstellt.

Verantwortung für die Pflege und Erziehung der Kinder, für das Gelingen von Familie und für das Wohl der Kinder tragen die Eltern, Vater und Mutter, gemeinsam.

Staat und Gesellschaft haben die Belange der Familie in besonderem Maße zu unterstützen. Das gilt insbesondere auch für Alleinerziehende und ihre Kinder. Der Bundesfachausschuß Familienpolitik befaßt sich in diesem Papier mit Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, weil ihre Lösung die Lebensqualität von Familien heute ganz wesentlich beeinflusst.

Die unterschiedlichen Lebenssituationen von Familien und die sich daraus ergebenden Bedürfnisse sind bislang nicht hinreichend erforscht; es fehlt vor allem eine Familiengrundlagenforschung im geeinten Deutschland. Insbesondere die Auswirkung außerhäuslicher Erwerbsarbeit beider Eltern auf das Wohl der Kin-

der sollte Schwerpunkt der Familienforschung sein. Ein wissenschaftliches Fundament würde die familienpolitische Diskussion versachlichen.

1. Verständnis von „Arbeit“

Arbeit ist nicht nur bezahlte Erwerbsarbeit, sondern es gibt gleichrangige andere, fast immer unbezahlte Arbeit, die in gleicher Weise anerkannt werden muß:

Thesen-Papier des Bundesfachausschusses „Familienpolitik“ zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeitswelt

- Familienarbeit (wie Hausarbeit, Kinderpflege, Kindererziehung, Kranken-, Alten- und Behindertenpflege im Haushalt)
- Ehrenamtliche Arbeit (z.B. außerfamiliäres soziales, politisches, kirchliches Engagement)

Die allgemeine Überbewertung bezahlter Erwerbsarbeit ist eine erhebliche Gefahr für den Staat und die Zukunft der Gesellschaft. Grundsätzlich muß in Zukunft Familienarbeit und ehrenamtliche Arbeit steuerrechtlich und versorgungsrechtlich verstärkt berücksichtigt werden.

2. Formen der Vereinbarkeit

Lebensplanung im erlernten Beruf und Elternverantwortung in Einklang zu bringen, ist eine nicht einfach zu lösende Aufgabe. Es gibt viele Modelle, bei denen phasenspezifische Gesichtspunkte der Lebensplanung — zeitliches Neben- und Nacheinander — in unterschiedlicher Weise berücksichtigt werden, wie z. B.

- Dreiphasenmodell (Beruf — Familie — Beruf)
- Verzicht eines Ehepartners auf Erwerbstätigkeit
- volle Erwerbstätigkeit der Eltern
- Teilzeitarbeit.

Bei den Modellen stellen sich Fragen der Anerkennung der aus Familienarbeit gewonnenen Qualifikationen, des Wiedereinstiegs in den Beruf und einer ausreichenden Infrastruktur für familienergänzende Angebote. Insbesondere bei der Teilzeitarbeit, die in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen wird, sind innovative und flexiblere Möglichkeiten zu entwickeln, wie

- Urlaubsvertretung
- Arbeit bis zu 10 Stunden in der Woche
- vorübergehende Projektarbeit
- sozialverträgliche Heimarbeit
- Computerarbeitsplätze zu Hause.

3. Grenzen der Vereinbarkeit

Elternverantwortung und Kindeswohl bedingen einander. Daraus ergeben sich individuell unterschiedliche Grenzen der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit. Sie gelingt am leichtesten in den Fällen, in denen sich ein Elternteil — meist die Mutter — zu

Hause um die Familienarbeit kümmert, während der andere Elternteil — meist der Vater — erwerbstätig ist. Wenn Erwerbstätigkeit beider Eltern oder Alleinerziehender gewünscht oder notwendig ist, muß das in der Familie überlegt und organisiert werden, um einen Schaden für die Kinder zu vermeiden.

Erwerbstätigkeit und Familie zu vereinbaren, gelingt nicht immer. Gerade die volle, auch zeitlich vorübergehende Hinwendung zur Familie ist eine verantwortungsbewußte Entscheidung für eine wertvolle Aufgabe. Um so weniger darf die Übernahme dieser Aufgabe als persönliches Versagen gewertet werden.

Familienarbeit muß im Ansehen, in der ideellen und materiellen Förderung und der sozialen Sicherung der Familie der bezahlten Erwerbstätigkeit schrittweise gleichgestellt werden. Das gilt um so mehr, als es Situationen gibt, in denen die volle Zuwendung der Eltern nicht ersetzt werden kann.

4. Möglichkeiten zur Vereinbarkeit

Wir brauchen Innovationen und Bedingungen im Staat und in der Wirtschaft, um die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit zu erleichtern. Das erfordert ein Umdenken auf allen Ebenen. Der Grundgedanke der Wahlfreiheit setzt voraus, daß insbesondere die Frauen, auch wenn sie sich vorrangig zu Hause ihren Kindern widmen, über die Familienarbeit hinaus eine Chance auf Beteiligung am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben behalten. Heute kann dabei von einem gestiegenen Bildungsniveau ausgegangen werden. Entsprechend sind Eigeninitiativen und Modelle der Familienselbsthilfe

sowie Möglichkeiten der Mitwirkung von Eltern in den entsprechenden gesellschaftlichen Einrichtungen und Organisationen auf allen Ebenen mehr als bisher zu fördern.

Initiativen und Selbsthilfegruppen

Elternverantwortung kann durch Eigeninitiativen sowie durch Selbsthilfegruppen von Müttern und Vätern wirksam gestützt und gefördert werden. Das gilt insbesondere im Hinblick auf

- gemeinsame Kinderbetreuung,
- gemeinsame Freizeitgestaltung,
- Kommunikation und Erfahrungsaustausch,
- Durchsetzung gemeinsamer Interessen auch gegenüber dem Staat.

Notwendig sind dafür

- Informationen über Eigeninitiativen und Selbsthilfegruppen,
- Räume und Arbeitsmöglichkeiten für Selbsthilfegruppen,
- Unterstützung durch institutionelle Träger,
- Vernetzung von Aktivitäten.

Hilfen durch Staat und freie Träger

Wenn wir auch die überaus angespannte Finanzsituation in Bund und Ländern berücksichtigen, fordern wir trotzdem eine Ausdehnung des Erziehungsgeldes auf das dritte Jahr, um in den ersten drei Lebensjahren eines Kindes einem Elternteil zu erleichtern, sich ganz der Erziehung des Kindes zu widmen. Soweit dieses Ziel durch das Bundeserziehungsgeld

noch nicht erreicht wird, muß Landeserziehungsgeld ergänzend eintreten. Zumindest gleichzeitig ist eine schrittweise Anhebung und Dynamisierung des Erziehungsgeldes notwendig.

Falls eine vorübergehende Aufgabe oder Einschränkung der Berufstätigkeit eines Elternteiles nicht möglich ist, muß für die Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr ein ausreichendes Angebot an Tagesbetreuung zu Verfügung stehen, wobei die personenbezogene Betreuung Vorrang hat.

Für die 3 — 6jährigen Kinder muß unverzüglich der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz realisiert werden.

Für die 6 — 12jährigen Kinder und Jugendlichen ist eine bedarfsgerechte Nachmittags- bzw. Ganztagsbetreuung zu gewährleisten. Darüber hinaus sollten ausreichende und kostengünstige Freizeit-, Kultur- und Bildungsangebote für Jugendliche bereitgestellt werden.

Vor diesem Hintergrund müssen auch die Schulen neue und zusätzliche Aufgaben übernehmen. Die volle Halbtagschule, Ganztagsschulangebote, Pädagogischer Mittagstisch und Hort an der Schule sollen feste Angebote in der Kinder- und Jugendbetreuung werden.

Zur Aufgabe kommunaler und regionaler Strukturpolitik gehören die Schaffung einer kinder- und familienfreundlichen Wohn- und Lebenswelt und ein Angebot an wohnungsnahen Arbeitsplätzen.

Wirtschaft

Familie und Arbeitswelt sind entscheidende Bereiche der Verwirklichung der Menschen in unserer Gesellschaft. Damit werden Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben auch zu einer Aufgabe der Wirtschaft. Gefordert

ist insbesondere eine Arbeitswelt, die es zuläßt, daß Arbeitnehmer gleichzeitig Mütter und Väter sein können. Notwendig sind

- flexiblere und individuellere Arbeitszeitgestaltung,
- mehr Teilzeitarbeitsplätze, insbesondere auch bei anspruchsvollen Tätigkeiten,
- Mitverantwortung der Betriebe für Angebote der Betreuung und Erziehung der Kinder,
- Kontakt- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Mütter während der Unterbrechung der Erwerbstätigkeit,
- Erleichterung des Wiedereintritts in die Erwerbstätigkeit,
- garantierte Wiedereinstellung über die Zeit des gesetzlichen Erziehungsurteils hinaus.

Verbände und Organisationen

Verbände, Organisationen und Gewerkschaften können zur Relativierung des Konfliktes zwischen Elternverantwortung und Erwerbstätigkeit über Vermittlung von Wissen und Angebote der Reflexion beitragen.

Durch gemeinsame Interessenvertretung werden gleichzeitig bessere gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen für die Familie durchgesetzt werden.

Notwendig sind

- Bildungsveranstaltungen und Organisation von Interessen- und Arbeitsgruppen zur thematischen Aufarbeitung des Themas,
- Entwicklung praktischer Vorschläge zur Organisation der Vereinbarkeit für einzelne Mütter und Väter,

- Unterstützung von Eigeninitiative und Selbsthilfe,
- Vertretung der Interessen von Familien gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen, der Wirtschaft, in Kommunen, Ländern und Bund,
- Öffentlichkeitsarbeit zur besseren Anerkennung von Elternverantwortung und Familienarbeit.

5. Besondere Situation in den neuen Bundesländern

Vorgabe der Politik in 40 Jahren DDR war, die Berufstätigkeit beider Partner und die Kindererziehung zu allen Zeitpunkten möglichst zu vereinbaren.

Der Familienbegriff wurde durch einseitige Hervorhebung der Arbeitskraft für die Gesellschaft verfälscht. Die Verantwortung der Eltern wurde gesellschaftlichen Zielen und Interessen untergeordnet.

Eine Erziehung der Kinder und Jugendlichen zu Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit fand insoweit nicht statt. Die umfassend einwirkende staatliche Bevormundung ist maßgebliche Ursache für die derzeitige Haltlosigkeit vieler Jugendlicher und deren Eltern.

Vorrangige Aufgabe der Familienpolitik in den neuen Bundesländern ist insbesondere

- die Befähigung der Eltern zu einer eigenverantwortlichen Erziehung ihrer Kinder,
- Hilfen für junge Menschen, innerhalb einer freien, pluralen demokratischen Gesellschaft ihren Standort zu finden und an der Gestaltung mitwirken zu können,
- Aufbau einer bedarfsorientierten Struktur von Familienarbeit. ■

Beispielhaftes Engagement im Osten

Innovationsgeist und Mut, neue Wege zu beschreiten, gehören inzwischen zu den Tugenden, die Unternehmer in den neuen Bundesländern entdeckt haben. Um neue Märkte im Westen zu erschließen und bestehende Handelsverbindungen im Osten zu halten, müssen die noch jungen

Umsätze stiegen merklich

Firmen in den neuen Bundesländern eigene Ideen entwickeln und Marktnischen finden. Daß dies immer häufiger gelingt, zeigt sich im monatlichen Konjunkturtest des Münchner Ifo-Institutes für Wirtschaftsforschung. Im Januar, so das Institut, habe sich die Situation in der ostdeutschen Industrie leicht verbessert. Die Produktionspläne und die Auslastung der Betriebe zeigten deutlich nach oben. Vor allem im ostdeutschen Groß- und Einzelhandel stiegen die Umsätze merklich. (Ostsee-Zeitung, 25. 2. 1993)

★ ★ ★

Beispielhaft für das Engagement einiger Unternehmen ist eine mittelständische Firma in Sachsen. Am 1. Juli 1990 wurde die Computer Elektronik Dresden GmbH ins Leben gerufen, die aus dem früheren DDR-Kombinat Robotron hervorgegangen

Auftragsbuch gefüllt

ist. Gesundgeschrumpft von ehemals 2500 Mitarbeiter auf heute 500 Angestellte, arbeitet die Firma als Lizenzproduzent mit Siemens Nixdorf in Paderborn zusammen. Das Auftragsbuch kann sich heute sehen lassen. Aufträge in Höhe von 1,3 Mrd. Mark kommen vor allem aus Rußland. Dort gilt es, ein Rechenzentrum für die

Moskauer Zentralbank aufzubauen und 125 Finanzämter auszustatten. Mit Kasachstan wurde außerdem ein Generalvertrag geschlossen, mit der Industrie- und Handelskammer Moskau ein Joint-venture-Unternehmen vereinbart. Inzwischen kann das Unternehmen auf dem international umkämpften PC-Markt durchaus mithalten. Der Umsatz, der schon 1992 auf 80 Mio. Mark stieg, wird in diesem Jahr voraussichtlich 110 Mio. Mark erreichen. (Süddeutsche Zeitung, 26. 2. 1993)

★ ★ ★

Der leichte wirtschaftliche Aufschwung wirkt sich auch auf den Arbeitsmarkt im Osten aus. Während die Unternehmer in Westdeutschland weitere Arbeitsplätze abbauen, ist die Zahl der offenen Stellen im Osten leicht angestiegen. Daß sich bei der Nachfrage nach Arbeitskräfte in den

Arbeitskräfte gesucht

neuen Ländern etwas rührt, zeigen folgenden Indikatoren:

- *Im vergangenen Jahr wurde erstmals statt vieler Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen reguläre Arbeit vermittelt. Ihr Anteil stieg von 37 auf 55 Prozent.*
- *Im überwiegend mittelständisch strukturierten Handwerk meldete vor allem Sachsen eine große Nachfrage nach Arbeitskräften. Die Zahl der Arbeitsplätze stieg um 200.000.*
- *Die gemeldeten offenen Stellen repräsentieren nur etwa ein Drittel der tatsächlichen Kräftenachfrage. Mitte vergangenen Jahres, so ergab eine Umfrage, waren rund 100.000 Stellen sofort oder später zu besetzen. Betriebe, die erst im Laufe des vergangenen Jahres gegründet wurden, waren in dieser Stichprobe noch nicht berücksichtigt.*

Bei den knapp 90.000 neu gegründeten Gewerbebetrieben müßten noch einmal 200.000 Arbeitsplätze geschaffen worden sein. (iwd, 25. 2. 1993)

Arbeitskräfte sind vor allem auch im Baugewerbe gefragt, das im Osten deutlich expandiert. Vor allem im Bereich des Städtebaus wird in den nächsten Jahren noch viel zu tun sein. Investoren, die den Büromarkt aufbauen, sucht beispielsweise die Stadt Dresden. Doch ist man weniger an neuen Bürokomplexen interessiert, die das

Baugewerbe expandiert

Bild der Stadt völlig verändern würden. Statt dessen hofft man auf Investitionen, die in gemischt genutzte Objekte mit Läden, Praxen, Büros und Wohnungen fließen. Den Bedarf an neuen Büroflächen schätzt die Dresdner Stadtverwaltung auf mehr als vier Mio. Quadratmeter bis zum Jahr 2005.

Viel getan wird zur Zeit schon im Bereich „Einzelhandelsflächen“. In wenigen Jahren soll der gesamte Bedarf, immerhin 620.000 Quadratmeter, fertiggestellt sein. Ähnlich positiv entwickelt sich auch das Hotelgewerbe. Rund 6.000 Betten sind in Dresden bereits vorhanden, 8.000 weitere sollen folgen. Dagegen ist der Wohnungsmarkt in der Stadt noch ein Waisenkind. Zur Zeit fehlen rund 14.000 Wohnungen. Die Stadtverwaltung geht davon aus, daß in den nächsten Jahren der Bau von rund zweitausend Wohnungen pro Jahr genehmigt wird. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. 2. 1993)

Postdienst fördert Pressevielfalt

Die nunmehr zwischen den Verlegerverbänden und der Deutschen Bundespost Postdienst erzielte Einigung über die notwendige Entgelterhöhung im Postzeitungsdienst ist zu begrüßen. Sie wird auch in den nächsten Jahren Verhandlungsgrundlage sein.

Diese Einigung ist vor allem dadurch möglich geworden, daß sich das Postunternehmen bereit erklärt hat, alle Presseobjekte, die im Jahre 1993 überproportional von den Preiserhöhungen betroffen sind (mehr als 16 Prozent) und die einen bestimmten Anteil ihrer Auflage, differenziert nach Zeitungen (mehr als 5 Prozent) und Zeitschriften (mehr als 20 Prozent) durch den Postzeitungsdienst befördern lassen, großzügig zu unterstützen.

Das Fördervolumen beträgt rund 38 Mio. DM und kommt in Form anteiliger Entgelterstattung insbesondere Zeitungstiteln in den unteren Gewichts- und Auflagenklassen, beispielsweise also konfessionellen Blättern, Fachzeitschriften und lokalen Mitteilungsblättern zugute.

Gerhard O. Pfeffermann, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Post und Telekommunikation der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die Deutsche Bundespost Postdienst leistet damit nicht nur einen wertvollen Beitrag zum Erhalt der Pressevielfalt, sie dokumentiert darüber hinaus wieder einmal eindrucksvoll, daß sie ihrer besonderen Verpflichtung zu einer gleichwertigen infrastrukturellen Versorgung auch des ländlichen Raumes gerecht wird.

Bundeskanzler Helmut Kohl: Es liegt mir daran, den Messeplatz Leipzig nach Kräften zu unterstützen. Insbesondere die intensiven und engen Verbindungen zum osteuropäischen Raum sind für Leipzig ein wichtiges Kapital, das es auch in Zukunft zu nutzen gilt.

Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“

Die familialen Netze werden kleiner und komplizierter

Die älteren Menschen der Zukunft werden sich in ihren Wert- und Zielvorstellungen von Familie nicht wesentlich von der jetzigen älteren Generation unterscheiden.

Zur Untermauerung dieser These wies der Trierer Sachverständige Dr. Joachim Wilbers am 10. Februar in der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ auf Umfragen hin, die zeigten, daß die Familie bei einem weit überwiegenden Teil der Bevölkerung immer noch einen sehr hohen Stellenwert besitzt, und zwar in allen Altersgruppen.

Festgehalten werden müsse aber, so Wilbers, daß die Heiratsneigung zurückgehe. Für den Geburtsjahrgang 1955 werde geschätzt, daß etwa 25 Prozent der Männer und etwa 15 Prozent der Frauen nicht heiraten werden.

Die Unterschiede bei der Anzahl der Eheschließungen in diesem Jahrhundert bei den verschiedenen Generationen seien aber nicht so dramatisch, daß sie die Zukunft der älteren Generation entscheidend veränderten.

Für die zukünftige Entwicklung seien andere Trends, wie zum Beispiel der Rückgang bei den Geburten, die höhere Anzahl der Scheidungen und die verkleinerten und komplizierteren familialen Netze bedeutend.

Die sogenannte Nettofortpflanzungsrate liege in den letzten Jahren bei etwa 0,65. Das bedeute, die jetzige Generation bekomme nur soviel Kinder, daß sie zu

zwei Dritteln ersetzt werde. Der Rückgang der Geburten sei zum einen darauf zurückzuführen, daß weniger Frauen Kinder bekommen möchten, und zum anderen darauf, daß der Trend zur Kleinfamilie mit einem oder zwei Kindern gehe.

In der „Nettofortpflanzungsrate“ seien auch die nicht-ehelichen Kinder eingeschlossen, die in der Bundesrepublik zur Zeit ungefähr zehn Prozent ausmachten, mit steigender Tendenz.

Familien werden kleiner

Die hohen Scheidungsraten — zwischen einem Drittel und der Hälfte aller Ehen werden wieder gelöst — sowie die kleiner werdenden Familien machten die familialen Netze komplizierter. Die Familie stehe für die meisten Hilfen nicht mehr zur Verfügung, so daß der Staat gefragt werde.

Bei ausbleibender Hilfe von Familien, Freunden oder Nachbarn, müßten Dienstleistungsunternehmen gegen Entgelt arbeiten. Doch stelle sich auch für sie die Personalfrage. Bei wenigen jüngeren und vielen älteren Menschen mit hohem Dienstleistungsbedarf werde es schwierig sein, genügend qualifizierte Mitarbeiter zu finden.

Daraus ergebe sich die Prognose, daß sich die Preise für diese Leistungen erhöhen werden. Eine ähnliche Tendenz lasse sich derzeit in der Altenpflege bereits erkennen.

Grundsatzprogramm als Zeitungsdruck

Den Diskussionsentwurf des neuen Grundsatzprogramms gibt es ab sofort auch als Zeitungsdruck. Den Kreisverbänden, denen die Mindestbestellmenge von 1000 Exemplaren zu hoch war, können wir jetzt auch kleinere Mengen über das Versandzentrum in Versmold anbieten:

Bestell-Nr.: 2573
Verpackungseinheit: 100 Exemplare
Preis je Einheit: 25 DM.

Weitere Bestellungen im Zusammenhang mit der Grundsatzprogrammdiskussion:

● Leitfaden zur Grundsatzprogrammdiskussion (Materialien 1)
Bestell-Nr.: 3570
Verpackungseinheit: 10 Exemplare
Preis je Einheit: 13 DM.

● Rahmenflugblatt DIN A4
Bestell-Nr.: 1582
Verpackungseinheit: 500 Exemplare
Preis je Einheit: 19 DM.

Neue Bestell-Nummer

● Rahmenplakat DIN A1
Bestell-Nr.: 8583 (nicht 8481)
Verpackungseinheit: 50 Exemplare
Preis je Einheit: 29 DM.

Im Gespräch: Ein neues Grundsatzprogramm

1 Unsere Welt befindet sich in einem tiefgreifenden Umbruch. Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus und dem Ende der Spaltung Europas und vor in eine neue Epoche der Geschichte eingetreten. Für mehr Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie möglich. Wir sind auf dem Weg zur Vervollständigung der europäischen Einheit und zum Aufbau einer Freiheitsordnung für ganz Europa.

(2) Wir Deutschen und dankbar und stolz, nach der Wiedereinigung Deutschlands unsere Zukunft in Freiheit gemeinsam gestalten zu können. Wir dürfen gleichzeitig unsere Augen nicht vor den Problemen verschließen, die ein friedliches und humanes Zusammenleben der Menschen auf der Erde gefährden. Wir Christliche Demokraten stellen uns den drängenden Fragen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert.

(3) ● Werden wir die innere Einheit unseres Vaterlandes in Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit vollenden und zur Erneuerung unserer Gesellschaft nutzen, oder werden Interessen gegen Interessen stehen und das Zusammenwachsen Deutschlands behindern?

(4) ● Werden wir das Gemeinwohl und die Wertgrundlagen unserer Demokratie stärken, oder werden Verantwortung und Solidarität von einem ungeschätzten Egoismus verdrängt werden?

(5) ● Werden wir die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und unsere Sozialstruktur bewahren und fördern, oder werden Bequemlichkeit und Bestandsdenken unser Handeln bestimmen?

(6) ● Werden wir gemeinsam mit unseren Partnern und Partnern die Europäische Union solidarisieren und dazu beitragen, daß in ganz Europa Frieden und Freiheit herrschen, oder werden neue Nationalismen die



„Wir wissen, daß das Paradies auf Erden nicht geschaffen werden kann. Dennoch sind wir aufgerufen, unermüdet daran mitzuarbeiten, daß die Welt von morgen eine gerechtere und menschlichere wird.“

Deutschland an der Schwelle zum 21. Jahrhundert

Verwirklichung dieses großen Zieles verhindern?

(7) ● Werden wir unseren Beitrag dazu leisten, die Kluft zwischen Arm und Reich in der Welt abzubauen und Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit in der Welt zu fördern, oder werden sich die reichen Staaten hinter nationalen Aufgaben und Problemen verstecken?

(8) ● Werden wir unser Handeln auf die Bewahrung der Schöpfung ausrichten und die notwendigen Weichenstellungen dafür vornehmen, oder wird der Ausgleich zwischen Mensch und Natur scheitern?

(9) ● Werden die Herausforderungen unserer Zeit bewiesen. Wie können andere Parte, hat die CDU Deutschland die Entwicklung unserer Demokratie und unsere Freiheiten stärken gerügt. Unsere Erfahrung ist das Kapital, das wir in die Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft einbringen.

(10) Wir wollen unsere Gesellschaft erneuern. Wir wollen die Werte in unserer Gesellschaft stärken, die Familie als Kernzelle unserer Gemeinschaft unterstützen und die Verantwortungsbewusstheit des einzelnen und der Gesellschaft fördern. Ausgehend vom christlichen Verständnis vom Menschen treten wir mit Entschlossenheit und Beharrlichkeit für eine Politik der Freiheit, der Solidarität und Gerechtigkeit ein.

(11) Wir Christliche Demokraten arbeiten für eine freie und verantwortliche Gesellschaft in ganz Deutschland. Sie beruht auf der Anerkennung der gleichen Würde und Freiheit jedes einzelnen, ist aber getrieben von Pflicht und Verantwortung vor der Menschheit zu Toleranz und Kompromiß, von Solidarität und Gemeinsamkeit. Wir sind davon überzeugt, daß es sich lohnt, gemeinsam für eine freie und demokratische Gesellschaft an einer humanen und gerechteren Welt zu arbeiten.

Kapitel 1 Wir Christliche Demokraten

1 Wer wir sind

(12) Die Christliche Demokratische Union Deutschlands ist eine Volkspartei. Sie versteht sich als die Menschen in allen Schichten und allen Gruppen unseres Landes. Unsere Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott.

(13) Das christliche Verständnis vom Menschen ist die verpflichtende Grundlage für unser politisches Handeln. Die Unantastbarkeit der menschlichen Würde zu wahren und dem Gebot der Nächstenliebe politisch gerecht zu werden, entspricht unserem Anspruch als christlich-demokratischer Volkspartei.

(14) Wir betrachten den Menschen als Geschöpf Gottes und nicht als die Maß aller Dinge. Wir wissen um die Feindbarkeit des Menschen und die Gefahren politischen Handelns. Gleichwohl sind wir davon überzeugt, daß der Mensch zur ethisch verantwortlichen Gestaltung der Welt befähigt und berufen ist.

(15) Wir wissen, daß sich auf christlichen Glauben kein bestimm-

Helmut Kohl: Diskutieren Sie mit

Mit einem neuen, dem ersten gesamtdeutschen Grundsatzprogramm einer politischen Partei im wiedererwachten Deutschland will die Christliche Demokratische Union Antworten geben auf die neuen Fragen, die sich am Ausgang des 20. Jahrhunderts stellen. Dazu gehören vor allem die Herstellung der inneren Einheit unseres Vaterlandes, die Sicherung und Stärkung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit und die Wahrnehmung unserer gemeinsamen Verantwortung in der Welt. Wir befinden uns national und international in einer Umbruchzeit. Wir wollen die damit verbundenen Chancen nutzen und Perspektiven einer verantwortlichen Politik aufzeigen. Dabei können wir auf dem bewährten Fundament christlich-demokratischer Grundwerte und Überzeugungen aufbauen. Von der Diskussion des Entwurfs verspreche ich mir insbesondere, daß die CDU ihren Standort und ihre Ziele als christlich-demokratische Volkspartei im Innern bekräftigt und nach außen verbindlich. Dabei wollen wir den Sachverstand und die Erfahrung der CDU in ihrer ganzen Vielfalt nutzen. Zu dieser breiten Diskussion innerhalb unserer Partei, aber auch unserer Gesellschaft über die Weichenstellungen deutscher Politik läßt ich Sie sehr herzlich ein.



Bestellungen an:

IS Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold
per Fax: (054 23) 4 1521

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Neu im Angebot

● Reflektorbärchen

Ein wichtiger und aktiver Beitrag zur Sicherheit im Straßenverkehr für unsere Kinder und insbesondere für Schulanfänger

Denn: In der Bundesrepublik Deutschland verunglückt alle 13 Minuten ein Kind im Straßenverkehr und verletzt sich leicht oder schwer. Dabei steigt das Risiko, als Fußgänger zu verunglücken, bis zum 7. Lebensjahr an und fällt erst danach wieder ab.

Bestell-Nr.: 9558

Verpackungseinheit: 25 Stück

Preis je Einheit: 34,90 DM

zzgl. MwSt. inklusive Versand



Bestellungen an: IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

UID

8/1993

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. Vertrieb: Tel. (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjhe, Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.